



BASELBIETER FREISINN

| | | | | | | | |
|--------------|-------------|------------------------------|----|-----------------------|----|--------------------|----|
| Baselland | 2/3/4/5/6/7 | Unternehmenssteuerreform III | 11 | Anti-Bürokratie | 16 | Terminkalender | 20 |
| Page Romande | 10 | Fraktionsausflug | 15 | Seite der Präsidentin | 19 | Unter Freisinnigen | 22 |

5. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Baselland

Inhalt

DNA-Auswertungen: Was möglich ist

Es liegt im Interesse der Öffentlichkeit, dass Straftäter von der Polizei so schnell wie möglich gefasst werden. Nur: In der Schweiz werden heute nicht alle Mittel ausgeschöpft. Bei der Verwendung von DNA-Abschnitten kennt die Schweiz restriktive Regeln. Nationalrat Albert Vitali fordert deshalb die Anpassung des DNA-Gesetzes.

Seite 17

Gesicherte Strassenfinanzierung

Die Schweiz verfügt im weltweiten Vergleich über ein hervorragend ausgebautes Verkehrsnetz. Nach der 2014 gefundenen Finanzierungslösung für die Schiene befindet sich nun im Parlament mit dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) jene Vorlage, die die Mittel für die Strasse sicherstellen soll. Ein Beitrag von Nationalrat Thierry Burkart.

Seite 18

Zukunft der Medienlandschaft

Wohin die neue Medienwelt geht, wird in der Bevölkerung oft diskutiert. Der digitale Wandel bietet viele Chancen, wenn man sie denn packt. In der Schweiz kann nur eine dauerhafte Medienvielfalt entstehen, wenn sich der Koloss SRG zurückhält. Nur so können sich private Medien entfalten, meint Nationalrat Christian Wasserfallen.

Seite 21

25 Jahre Pfeffinger Forum – eine Erfolgsgeschichte

Christine Frey,
Präsidentin FDP Baselland

In diesem Jahr feiert das Pfeffinger Forum sein 25-Jahr-Jubiläum. Die Veranstaltung, welche von der FDP-Sektion Pfeffingen organisiert wird, verfolgt den Zweck, einen Beitrag zur Meinungsbildung zu einem nationalen und aktuellen Thema zu leisten. Bereits zum fünfzehnten Mal kann Paul Schär ein Mitglied der Landesregierung in Pfeffingen willkommen heissen. Bundesrätin Doris Leuthard wird dieses Jahr ein Referat zum Thema «Verkehr und Umwelt» halten.

Seit Jahren zieht der überparteiliche Event hochkarätige Politikerinnen und Politiker und jeweils über 500 Besucherinnen und Besucher in die Mehrzweckhalle des Baselbieter Dorfes Pfeffingen. Das Forum darf somit an vorderster Front der bedeutenden Politanlässe in der Region mitmischen. Die Themen waren in den vergangenen Jahren vielfältig. So wurde unter anderem über Europapolitik, Sicherheit,



Bundesfinanzen, Zuwanderung und Sozialpolitik debattiert.

Vater des Forums ist alt Landrat Paul Schär. Seit Beginn plant, organisiert und moderiert er die Anlässe und sorgt mit seinem Netzwerk für Podiumsteilnehmer auf höchstem Niveau. Kaum ein Forum geht zu Ende, an dem Paul nicht bereits mit hochkarätigen Namen für den nächsten Anlass wirbt. Seit 2011 leitet Philipp Hammel, Prof. FHNW, die Podiumsdiskussion, nachdem sich Paul Schär von der Rolle des Dompteurs in der politischen Manege zurückgezogen hat. Philipp Hammel, der als stellvertretender Leiter des Forums amtiert, wird verdankenswerterweise mittelfristig auch die Leitung des Pfeffinger Forums von Paul Schär übernehmen. Die Zukunft der überparteilichen Politveranstaltung ist somit gesichert.

Im Namen der FDP Baselland gratuliere ich Paul Schär und seinem Team ganz herzlich zum 25-Jahr-Jubiläum und freue mich bereits jetzt auf spannende Diskussionen am 31. Oktober.

25 Jahre Pfeffinger Forum



Montag, 31. Oktober 2016
20.00 Uhr Mehrzweckhalle Pfeffingen

Musikalische Einlage: Primarschule Pfeffingen

Bundesrätin Doris Leuthard

spricht über

„Verkehr und Umwelt“

Podiumsteilnehmende:

Ulrich Giezendanner, NR SVP AG
Regula Rytz, NR Grüne BE
Hans-Peter Wessels, RR BS, SP

Fabio Regazzi, NR CVP TI
Sabine Pegoraro, RR BL, FDP

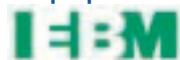
Leitung: Paul Schär, e Landrat FDP BL

Leitung Podium: Philipp Hammel, Prof. FHNW

Patronat :



Hauptsponsoren :



Sponsoren :



Medienpartner :



AUDIORENT



Der Anlass wird durch die FDP Sektion Pfeffingen organisiert.

www.pfeffingerforum.ch

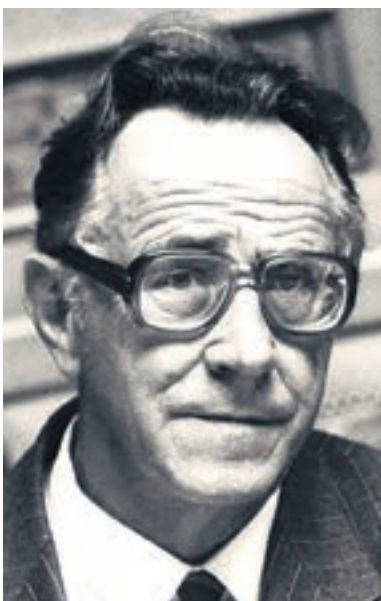
Nachruf

«Homo politicus» mit Leidenschaft und Sachverstand

Am 31. Juli 2016 ist der ehemalige Landrat und ehemalige Nationalrat Felix Auer neunzigjährig friedlich eingeschlafen. Nicht nur die FDP Schweiz und die eidgenössischen Räte, sondern insbesondere auch der Kanton Basel-Landschaft dürfen zum Tode dieser herausragenden Politikerpersönlichkeit mit Dankbarkeit und grosser Anerkennung auf sein über zwanzigjähriges aktives politisches Wirken zurückblicken und ihm damit ein ehrendes Andenken bewahren. Denn der Verstorbene hat nicht nur in der kantonalen Politik und Partei, sondern insbesondere auch – als Mitglied der FDP-Bundeshausfraktion – im Bund als Nationalrat zwischen 1971 und 1991 markante Pflöcke eingeschlagen und dabei die Geschicke unseres Staatswesens konstruktiv beeinflusst und geprägt.

Felix Auer, Jahrgang 1925, studierte – nach dem Gymnasiumbesuch in Basel und Schiers – in Zürich Bauingenieurwesen mit Vordiplom und an der Uni Basel Volkswirtschaftslehre mit Abschluss als Dr. rer. pol. Nach einer rund zwölfjährigen Tätigkeit als freier Journalist betreute er ab 1959 während zehn Jahren das Sekretariat der evangelisch-reformierten Kirche Baselland und gleichzeitig für zwei Jahre dasjenige des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, bevor er seine berufliche Karriere bei der damaligen Ciba bzw. Ciba-Geigy AG fortsetzte; zuletzt – 1991 – als Vizedirektor im Stab Volkswirtschaft.

Nach verschiedenen Aufgaben im Dienste der Allgemeinheit – etwa 1953/54 in der Heimschaffungskommission in Korea oder 1967 als IKRK-Delegierter in Israel – trat Felix Auer in der aktiven Politik des Kantons und des Bundes in der breiteren Öffentlichkeit erst als 47-Jähriger in Erscheinung: von 1971 bis 1975 als FDP-Landrat, bevor er 1976 für vier Jahre die FDP-Kantonalpartei präsidierte. Ebenso wurde er 1971 in den National-



Felix Auer

rat gewählt, dem er bis 1991 angehörte – unter anderem als Mitglied der Geschäftsprüfungs-, der Finanz- und der Petitionskommission. Ab 1986 präsidierte er für drei Jahre die Schweizer Parlamentsdelegation bei der Europäischen Freihandelsassoziation EFTA. Darüber hinaus führte er von 1993 bis 1995 als Präsident die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI).

Der Verstorbene war durch und durch ein streitbarer liberaler Geist, der für seine zutiefst freisinnige Haltung mit immenssem Sachverstand und fundierter Dossierkenntnis, vor allem aber mit grosser Leidenschaft eingestanden ist und für deren Durchsetzung er hartnäckig gekämpft hat. Sein scharfer analytischer Verstand war nicht nur bei Mitstreitern auf bürgerlicher Seite, sondern ebenso bei politischen Gegnern anerkannt, allerdings auch oft «gefürchtet». Wenn Felix Auer in der Fraktion – aber insbesondere im Ratsplenum – das Wort ergriffen hat, so war eine sonst eher ungewohnte gespannte Aufmerksamkeit im Saal förmlich «mit Händen greifbar».

Felix Auer machte sich unter der Bundeshauskuppel im Wettstreit der Parteien schliesslich auch als gewiefter Taktiker einen Namen. So soll er 1983 die unverhoffte Wahl von Otto Stich zum Bundesrat – als Sprengkandidat gegen die offizielle SP-Kandidatin Liliane Uchtenhagen – massgeblich eingefädelt haben.

Mit diesen Persönlichkeitsmerkmalen hat er mich immer wieder entfernt an den früheren profilierten deutschen Bundestagsabgeordneten Herbert Wehner erinnert.

Dem Baselbiet als seinem Heimatkanton blieb Felix Auer trotz seiner vielfältigen Engagements in der Bundespolitik stets eng verbunden. So war er Ende der 60er-Jahre sehr aktiv in der Volkbewegung «Selbständiges Baselbiet». Er hat damit 1969 die deutliche Ablehnung des Zusammenschlusses beider Halbkantone an der Urne entscheidend mit beeinflusst. Er darf darüber hinaus zweifellos als einer der engagiertesten Kämpfer für die Interessen des Kantons Basel-Landschaft in Bern qualifiziert werden. Seine Analysen und Meinungen zu aktuellen politischen Fragen im Kanton waren nicht nur innerhalb der FDP Baselland, sondern auch in Regierung und Landrat noch lange nach seinem Rücktritt aus der aktiven Politik gefragt.

Mich, der 1987 in den Nationalrat gewählt worden ist, verbindet mit dem Verstorbenen eine vierjährige intensive Fraktions-Kollegialität unter der Bundeshauskuppel. Felix Auer stand mir in meiner ersten Legislatur im Nationalrat von 1987 bis zu seinem Rücktritt 1991 immer wieder mit wertvollen Tipps und Ratschlägen – quasi als Coach – zur Seite, wofür ich ihm heute nach wie vor sehr dankbar bin.

Wenn ich auf diese gemeinsame Zeit in der Politik zurückblicke, so bringt folgendes Erlebnis mit Felix Auer seinen politischen Spürsinn präzise auf den Punkt: An einer Podiums-

diskussion stellte ihm ein Mann im Saal eine Frage. Felix Auer nahm sich zur Beantwortung etwas Zeit und suchte zunächst scheinbar in seinen Unterlagen nach entsprechenden Fakten und Argumenten. Erst danach beantwortete er die Frage – offensichtlich zur Zufriedenheit der Zuhörer. Als ich – neben ihm sitzend – auf dieses von ihm herausgesuchte Dokument «spickte», musste ich feststellen, dass dieses rein gar nichts mit der Frage zu tun hatte. Später von mir darauf angesprochen, sagte er sinngemäss und schmunzelte, es sei in der Politik manchmal richtig und wichtig, auch etwas Show einzusetzen.

«Diejenigen, die sollten, wollen nicht – diejenigen, die wollen, sollten nicht!» Diese tiefgründige, kritische Definition der Politik und ihrer Repräsentanten – sie stammt aus den 80er-Jahren vom früheren Zürcher Studentenseelsorger Pater Albert Ziegler – traf ganz sicher nicht auf Felix Auer zu, im Gegenteil. Er wollte damals, im Sinne eines Dienstes an unserer Gesellschaft, nicht nur in die Politik, sondern sollte dies dank seiner herausragenden politischen Fähigkeiten auch tun. Er hat die im Zitat von Albert Ziegler implizierte Anforderung in herausragender Weise erfüllt.

Mit dem Tod von Felix Auer ist im Baselbiet und in unserem Land die starke Stimme eines profilierten «Homo politicus» für immer verstummt. Mit Leidenschaft und grossem Sachverstand hat er massgeblich dazu beigetragen, sein Baselbiet und seine Schweiz konstruktiv auf- und auszubauen. Seiner Ehegattin Gertrud Auer, seinen Kindern und Grosskindern entbiete ich meine herzliche Anteilnahme am Verlust eines herausragenden Menschen.

**Hans Rudolf Gysin,
e. Nationalrat, Pratteln**

Abstimmung

Das Nachrichtendienstgesetz dient dem Kampf gegen Terrorismus

Die fürchterlichen Terrorakte in Frankreich, Deutschland und Belgien in diesem Jahr zeigen uns die neue Realität: Terror macht vor Europa und der Schweiz nicht Halt. Auch wenn wir bislang vor solchen Anschlägen unmittelbar verschont geblieben sind, dürfen wir uns in unserem Land nicht in falscher Sicherheit wähen.

Daniela Schneeberger,
Nationalrätin

Aus meiner Sicht sind es drei Faktoren, die uns beschäftigen müssen. Erstens sind Terroristen bestens vernetzt; sie nutzen modernste Technologien und bedienen sich aller zur Verfügung stehenden Kommunikationswege. Zweitens ist die Sicherheitslage heute ganz anders als noch vor wenigen Jahren, denn im Visier der Terroristen sind unbeteiligte Zivilisten. Drittens sind diese Bedrohungsformen äusserst komplex und die Vorwarnzeiten werden immer kürzer. Diese Ausgangslage zwingt uns zu einer neuen Sicherheitspolitik – zumal die Sicherheitsbehörden heute bei weitem nicht über die notwendigen technologischen und gesetzlichen Mittel verfügen, um gegen die terroristischen Gefahren rechtzeitig vorzugehen. Deshalb

haben die eidgenössischen Räte vor einem Jahr mit dem neuen Nachrichtendienstgesetz (NDG) eine moderne Grundlage verabschiedet. Linke Kreise haben dagegen das Referendum ergriffen. Am 25. September stimmen wir nun über das NDG ab.

Die Schweiz verfügt über einen kleinen, aber wirkungsvollen Nachrichtendienst (NDB). Sein Auftrag umfasst die Früherkennung und die Bekämpfung von Bedrohungen durch Terrorismus, Spionage, Verbreitung von nuklearen, biologischen und chemischen Waffen sowie durch gewalttätigen Extremismus und Cyberattacken. Nach geltendem Recht darf der



Daniela Schneeberger

NDB im Inland nur Informationen beschaffen, die öffentlich und allgemein zugänglich oder bei anderen Behörden vorhanden sind. Eine derartige Einschränkung erschwert ein rechtzeitiges Erkennen von Risiken und behindert eine wirksame Bekämpfung.

Mit dem neuen Gesetz schaffen wir eine Grundlage, damit der NDB seinen Auftrag für unsere Sicherheit wahrnehmen kann. Und dieser Punkt ist mir wichtig: Der Nachrichtendienst in der Schweiz steht im Dienste der Bürgerinnen und Bürger! Er arbeitet zu unseren Gunsten und zum Nutzen der Menschen, die in Frieden und Si-

cherheit in unserem demokratischen Land leben wollen.

Im neuen Nachrichtendienstgesetz wurden die Möglichkeiten zur Informationsbeschaffung auch dem heutigen Stand der Technik angepasst. Dank dem neuen Gesetz können nicht nur terroristische Aktivitäten erfolgreicher bekämpft werden, sondern es können auch Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen abgewehrt und Unternehmen im Kampf gegen Wirtschaftsspionage wirksamer unterstützt werden.

Das neue Gesetz stärkt auch die Kontrolle über den NDB. Sämtliche Tätigkeiten des NDB unterliegen bereits heute weitgehenden Kontrollen durch das Parlament, den Bundesrat und das Verteidigungsdepartement. Das Nachrichtendienstgesetz verstärkt die Aufsicht durch eine zusätzliche unabhängige Aufsichtsbehörde.

Mit dem Nachrichtendienstgesetz werden auch neue Massnahmen zur Informationsbeschaffung eingeführt und die Aufgaben zugewiesen. Es wird also ein ordentlicher und einer Demokratie würdiger Prozess definiert: So sind zum Beispiel das Überwachen des Post- und Fernmeldewesens, der Einsatz von Ortungs- und Überwachungsgeräten an nicht öffentlichen Orten, das Eindringen in Computersysteme und -netzwerke sowie das Durchsuchen von Räumlichkeiten, Fahrzeugen oder Behältnissen grundsätzlich möglich, aber genehmigungspflichtig. Es ist ein dreistufiges Genehmigungsverfahren vorgesehen. In

einem ersten Schritt muss die gewünschte Massnahme dem Bundesverwaltungsgericht zur rechtlichen Genehmigung vorgelegt werden. Nur wenn diese Genehmigung erfolgt ist, wird sie dem Vorsteher des VBS zur politischen Überprüfung unterbreitet. Bevor dieser über die Freigabe der Massnahme entscheidet, muss er die Vorsteher EDA und EJPD konsultieren. Ohne eine richterliche Genehmigung und eine politische Überprüfung wird keine genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahme vollzogen.

Der Nachrichtendienst muss sich also auch in Zukunft in klar umrissenen Schranken bewegen. Von einem Überwachungsstaat, wie uns das linke Kreise weismachen wollen, kann nun wirklich keine Rede sein.

Mit dem neuen Nachrichtendienstgesetz schränken wir unsere Freiheit nicht ein, sondern wir schaffen pragmatisch und zeitgemäss die Voraussetzung, dass die Freiheit auch in Zukunft wirkungsvoll geschützt und bewahrt werden kann. Ich persönlich bin froh, dass es zu einem Referendum kommt – dies gibt dem Nachrichtendienst eine solide Grundlage für die Ausübung seiner Tätigkeit. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger klar sagen werden, dass sie unseren Behörden und der Arbeit des Parlaments vertrauen. Wer diese Modernisierung ablehnt, der hat nicht erkannt, dass sich die Zeiten in den Fragen der Sicherheit dramatisch geändert haben.

Freiheit und Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif. Gerade aus liberaler Sicht und damit auch aus Liebe zur Schweiz müssen wir das Nachrichtendienstgesetz am 25. September annehmen.

Abstimmung

Den Generationenvertrag nicht gefährden

Stefan Kaiser,
Mitglied und ehem. Präsident
Jungfreisinnige Baselland

Am 25. September stimmen wir über die AHV-Plus-Initiative der Linken ab. Warum das «Plus» im Namen lediglich für eine Zunahme der Verschuldung steht und der Generationenvertrag damit mächtig ins Schwanken gerät.

Dass die Linken gerne das Geld anderer ausgeben, ist nichts Neues. Dieses Mal ziehen sie auf Kosten der Jungen die Spenderhosen an: Die

AHV-Renten sollen auf unserem Buckel um satte 10 Prozent erhöht werden. Die Tatsache, dass gerade Einkommensschwächere nicht von diesem Vorhaben profitieren würden (sie hätten bei einer höheren Rente schlicht weniger Ergänzungsleistungen zu Gute), entlarvt die Initiative als puren Populismus. Dramatisch wird das Ganze, wenn man bedenkt, dass unsere Altersvorsorge ohnehin schon ein massives Finanzierungsproblem hat.

Heute also mehr bezahlen und morgen ist trotzdem nichts mehr übrig?

Nicht mit uns Jungen! Damit wir mit im Boot sind, müssen faire Lösungen von langfristiger Natur her.

Im Gesamtsystem AHV gibt es grundsätzlich drei Parameter, welche man zur Sicherung der Finanzierung anpassen kann. Entweder muss mehr einbezahlt, weniger ausbezahlt oder länger gearbeitet werden. Höhere Beiträge schaden den Jungen, tiefere Leistungen den Alten. Wenn man nun bedenkt, dass das Rentenalter seit 1948 (abgesehen von leichten Anpassungen für Frauen) nicht gestiegen ist, die Le-

benserwartung im gleichen Zeitraum aber um satte 16 Jahre zugenommen hat, ist eine Erhöhung des Rentenalters der einzig faire Ansatz. Nachhaltig denkend wäre, den Zeitpunkt der Pensionierung direkt an die Lebenserwartung zu koppeln. Damit würde das Rentenalter entpolitisiert und neue Finanzierungslücken verhindert.

Nur so können wir sichere Renten garantieren, heute und morgen. Lehnen Sie dazu die AHV-Plus-Initiative ab und unterstützen Sie die Jungfreisinnigen.

Zubringer Bachgraben–Nordtangente

Wie geht es nun weiter?

Sabine Pegoraro,
Regierungsrätin, Vorsteherin der
Bau- und Umweltschutzdirektion

Der Raum Allschwil leidet unter einem sehr hohen Verkehrsaufkommen, Erweiterungen des Verkehrsnetzes sind darum nötig und auch erwünscht. Über 60 Prozent der Stimmentenden haben sich in der Volksabstimmung vom 8. März 2015 für die Umfahrung Allschwil ausgesprochen. Die Regierung ist damit aufgefordert worden, die Planung, Projektierung und Umsetzung der Umfahrung zügig voranzutreiben. Als Vorsteherin der Bau- und Umweltschutzdirektion stehe ich mit voller Kraft hinter diesem mehr als berechtigten Anliegen.

Dabei darf jedoch das Resultat der Abstimmung über «ELBA, Entwicklungsplanung Leimental–Birseck–Allschwil» vom 8. November 2015 mit über 60 Prozent Nein-Stimmen nicht ausser Acht gelassen werden. Zwar ist gegen den Vorprojektierungskredit von 4,5 Mio. Franken für den Zubringer Bachgraben–Nordtangente (vormals Zubringer Allschwil) als nördlicher Abschnitt der Umfahrung Allschwil kein Referendum ergriffen worden. Hingegen hat das Volk den Projektierungskredit über 11 Mio.



Sabine Pegoraro

Franken für Vorstudien verworfen, der für den Rest der Umfahrung Allschwil sowie für weitere ELBA-Projekte vorgesehen war. Ebenso abgelehnt hat das Volk den Richtplaneintrag für den Zubringer Bachgraben–Nordtangente, zusammen mit den Richtplaneinträgen für alle andern ELBA-Projekte.

Aus diesem Grund stehen für die Umfahrung Allschwil als Ganzes zurzeit keine finanziellen Mittel für eine Projektierung zur Verfügung. Für den Zubringer Bachgraben–Nordtangente sind 4,5 Mio. Franken für ein Vorprojekt bewilligt, doch fehlt der Richtplaneintrag.

Vor diesem Hintergrund müssen wir uns momentan auf diesen Zubrin-

ger konzentrieren, wobei ich entschieden habe, dass im Rahmen der Vorstudie auch die Umfahrung Allschwil mitbearbeitet wird. Untersucht wird also nicht nur der Zubringer, sondern auch die Umfahrung von Hésingue–Hégenheim und der Tunnel Allschwil, damit wir die Abhängigkeiten zwischen diesen drei Strassenprojekten klären und in der Folge die einzelnen Elemente unabhängig vorantreiben können.

Zu klären sind zunächst folgende konkrete Fragen:

- Wo sollen die Anschlüsse liegen?
- Steht eine oberirdische (z. B. auf Boden Frankreich) oder unterirdische Führung im Vordergrund?
- Wie erfolgt der Anschluss der Umfahrung Hésingue–Hégenheim?

Die vorbereitenden Arbeiten für den Zubringer laufen im Hintergrund schon länger und wir werden noch im laufenden Quartal genauer über das Vorgehen informieren. Parallel dazu läuft auch die Ausarbeitung der Landratsvorlage (LRV) für die Trasseesicherung des Zubringers im Kantonalen Richtplan. Ich hoffe, dass die Überweisung dieser Vorlage durch den Regierungsrat an den Landrat bis zum Erscheinen dieser Ausgabe des «Freisinns» bereits erfolgt ist.

Die Planung für den Zubringer Bachgraben–Nordtangente ist ein komplexes, grenzüberschreitendes und zeitaufwendiges Vorhaben. Wir müssen das Vorgehen mit der Gemeinde Allschwil und mit zwei weiteren Partnern (Frankreich und Basel-Stadt) eng koordinieren. Eine umfassende Information der Gemeinde Allschwil und der übrigen Partner ist im Zusammenhang mit der Überweisung der LRV Zubringer (Trasseesicherung) vorgesehen, bis dann liegt auch die definitive Projektorganisation vor. Ich bin überzeugt, dass wir hier auf einem guten Weg sind.

Meine Fachleute im Tiefbauamt gehen heute davon aus, dass die Arbeiten an der Vorstudie im Sommer 2017 abgeschlossen werden können. Anschliessend wird direkt in das Vorprojekt des Zubringers eingestiegen, was bereits eine sehr konkrete Bearbeitung des Projektes bedeutet. Der Zubringer ist im Agglomerationsprogramm des Bundes angemeldet. Im Moment befindet er sich noch im sogenannten B-Horizont mit Baubeginn ab 2023. Mit der Bewilligung des Bauprojekts könnte er in den A-Horizont vorrücken, was bedeuten würde, dass sich der Bund definitiv an den Kosten beteiligt, in der Regel mit einem Drittel.

Abstimmung

Energieeffizienz erhält ein Preisschild

Christoph Buser, Landrat

Wenn die Baselbieter Stimmbevölkerung im November die neue Energieabgabe befürwortet, kann das Erfolgsmodell «Baselbieter Energiepaket» weitergeführt werden. Nach einem Nein hingegen müssten die vom Baselbieter Souverän 2010 beschlossenen ambitionierten energiepolitischen Ziele im Energiegesetz nach unten angepasst werden. Die Vorlage verdient die Unterstützung des Baselbieter Freisinns.

Das schweizweit beachtete «Baselbieter Energiepaket» ist ein Erfolgsmodell. Es ist so beliebt, dass das Budget 2016 von rund 3,6 Millionen Franken bereits im März erreicht wurde, weil noch ausstehende Beiträge von 2015 bezahlt wurden. Der jetzige Zahlungsstopp ist positiv und negativ zugleich: Positiv ist, dass die Regierung mit ihrem Nein zu weiteren Auszahlungen klarmacht, wie ernst es ihr mit dem generellen Sparauftrag ist. Das Budget ist aufgebraucht – weiteres Geld gibt es erst wieder 2017. Diese Haltung unserer für das Programm zuständigen Bau- und Umweltschutzdirektorin Sabine Pegoraro ist konsequent.

Positiv ist auch, dass das «Baselbieter Energiepaket» offenkundig viel Goodwill in der Bevölkerung geniesst. Anders als bei der vollständigen Förderung von Projekten nach dem Giesskannenprinzip auf Bundesebene (Stichwort Kostendeckende Einspeisevergütung, KEV) unterstützt das Energiepaket bewilligte Projekte im Durchschnitt lediglich mit 10 bis 15 Prozent. Das zeigt: Baselbieterinnen und Baselbieter sind bereit, selbst viel für eine bessere Energieeffizienz zu tun. Doch hier beginnen die negativen Aspekte des Zahlungsstopps. Er wirkt dem Erfolgsmodell «Baselbieter Energiepaket» entgegen.

Umso wichtiger – erst recht angesichts der Tatsache, dass der Förderpotopf des «Baselbieter Energiepakets» insgesamt schon bald völlig leer sein wird – ist es, die Revision des Basel-



Christoph Buser

bieter Energiegesetzes bzw. die Vorlage zur Einführung einer Energieabgabe zur Finanzierung von Fördermassnahmen im Energiebereich zu unterstützen. Vorgesehen ist eine Verdreifachung der Fördermittel. Im Herbst wird die Stimmbevölkerung an der Urne darüber befinden und damit auch darüber, ob sie bereit ist, für die Erreichung der selber gesetzten Ziele auch die nötigen Mittel zu sprechen und das Energiepaket weiter zu alimentieren.

Damit erhalten die Massnahmen zugunsten des Umwelt- und Klimaschutzes im Baselbiet ein Preisschild. Das ist fair. Denn das 2010 an der

Urne beschlossene energiepolitische Ziel ist ambitioniert. Bis 2030 soll im Baselbiet der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch (ohne Mobilität) auf 40 Prozent steigen. Nur mit entsprechenden Massnahmen ist dieses Ziel zu erreichen. Das «Baselbieter Energiepaket» leistet den wesentlichen Beitrag dazu. Sollte die neue Abgabe an der Urne keine Mehrheit finden, sind die energiepolitischen Ziele im Energiegesetz konsequenterweise anzupassen – und zwar nach unten.

Ich bin aber zuversichtlich, dass die Baselbieterinnen und Baselbieter bereit sind, nicht nur die energiepoliti-

schen Ziele, sondern auch die Finanzierung der Massnahmen für deren Erreichung zu befürworten. Umfragen des Hauseigentümergebietes Baselland jedenfalls haben ergeben, dass zumindest die HEV-Mitglieder bis zu einem gewissen Grad dazu bereit sind, eine moderate Abgabe zugunsten der Energieeffizienz zu bezahlen.

Hinzu kommt: Die vorgesehene Abgabe ist moderat und zeitlich bis ins Jahr 2030 beschränkt. Und sie ist notwendig, weil sich der Kanton angesichts der nach wie vor angespannten Finanzlage nicht wie in der Vergangenheit einfach so einen Kredit über 50 Millionen Franken leisten kann. Die Alternative wären höhere Steuern. Aus liberaler Sicht ist Letzteres klar abzulehnen. Vor diesem Hintergrund ist die jetzt vorgesehene Abgabe darum eine verhältnismässig kleine Kröte, die zu schlucken ist.

Das neue Baselbieter Energiegesetz stellt sicher, dass sich die Fördermassnahmen wie bisher zweckgebunden auf die Energieeffizienz beschränken, die verfassungsmässige Rollenaufteilung zwischen Bund und Kanton also nicht verwischt wird: Energieversorgung ist Sache des Bundes, Energieeffizienz dagegen Sache der Kantone. Zudem ist garantiert, dass für die Wirtschaft grosszügige Ausnahmeregelungen geschaffen werden. Die besonders energieintensiven Unternehmen haben nämlich bereits entsprechende Vereinbarungen mit der Energieagentur der Wirtschaft (Enaw) getroffen – andere leisten ihren Beitrag seit Jahren, indem sie bereits früh aus eigenen Stücken und betriebswirtschaftlichen Gründen investiert haben, um ihre Energieeffizienz zu verbessern.

Fazit: Das revidierte Baselbieter Energiegesetz ist pragmatisch und politisch breit abgestützt. Es nimmt Rücksicht auf das politisch Mach- und das wirtschaftlich Tragbare. Und es setzt auf Anreize statt auf Ge- und Verbote. Damit verdient es aus einer freisinnigen Optik unsere Unterstützung.

... und ausserdem

De mortuis ...

Die am 11. Juli in der NZZ und in anderen Zeitungen erschienene Todesanzeige für Hans-Rudolf Strasser (Deckname «Franz») und seine Gattin Yvonne, beide Mitglieder der seinerzeit als «Geheimarmee» verschrienen Organisation P-26, hat wegen ihres wenig konventionellen, aber dafür politischen Inhalts für einiges Aufsehen gesorgt. Helmut Hubacher (SP) hat deswegen sogar zur Feder gegriffen. Er, der schon seinerzeit einer der schärfsten Kritiker der ganzen Geschichte war, hat sich veranlasst gesehen, seine seinerzeitige Kritik als Reaktion auf die Todesanzeige noch einmal in extenso in einer Kolumne in der BaZ auszubreiten. Unerlaubt, rechtswidrig und undemokratisch sei das alles gewesen, so schimpfte er erneut.

Pech für ihn, dass etwa der Bundesrat diese Ansicht gar nicht teilt, selbst wenn er sie seinerzeit auch nur im Ansatz geteilt haben sollte. Der Bundesrat hat sogar gehandelt, was der liebe Helmut als erfahrener Medien- und Politmensch wohl wissen dürfte. Vor einigen Jahren haben die noch lebenden und bekannten Mitglieder der P-26 nämlich im Auftrag des Bundesrates eine Ehrenurkunde und den Dank des Vaterlandes für die geleisteten Dienste erhalten. Im Baselbiet erfolgte die Übergabe an einem offiziellen Anlass im Schloss Ebenrain – mit Regierungsbeteiligung. Hans-Rudolf Strasser und seine Frau Yvonne haben am Anlass teilgenommen.

Und noch etwas stört an Hubachers Schimpftirade. Eine der ältesten Anstandsregeln besagt, dass man über Verstorbene nicht schlecht reden solle. Das haben schon die alten Römer gewusst, als sie sagten: «De mortuis nihil nisi bene». Helmut Hubacher lernt auch das wohl nicht mehr.

Greenpeace und der goldene Reis

Kürzlich haben 100 Nobelpreisträger (!) Greenpeace gemeinsam und öffentlich aufgefordert, ihre (unmoralische) Fundamentalopposition gegen die Verwendung des goldenen Reises end-

lich aufzugeben. Bisher gibt es nicht das geringste Anzeichen dafür, dass dieser Aufruf bei Greenpeace etwas bewegt hat.

Der goldene Reis ist eine gentechnisch veränderte Reissorte, die im Unterschied zum klassischen Reis auch das wichtige Vitamin A enthält. Kreiert hat diese Reissorte Prof. Ingo Potrykus vor langen Jahren an der ETH Zürich. Der Reis gehört heute dem staatlichen Reisinstitut auf den Philippinen. Mit ihm sollte der vor allem bei Kindern so schädliche Mangel an Vitamin A insbesondere in denjenigen Reisanbaugebieten bekämpft werden, in denen eine medizinische Grundversorgung fehlt. Nicht zuletzt die Fundamentalopposition von Greenpeace hat diese Verwendung des Reises bisher verhindert.

Für Greenpeace ist der Aufruf der Nobelpreisträger bis heute offenbar kein Grund, auch nur ein Jota von ihrer jahrzehntelangen Fundamentalopposition gegen den goldenen Reis abzuweichen. Ausschlaggebend für diese Haltung ist anscheinend die Überzeugung, dass die sogenannte grüne Gentechnik (Gentechnik in der Landwirtschaft) als Ganzes nichts Gutes sein kann. Und wohl deshalb darf der goldene Reis denn auch nichts Gutes sein und nicht verwendet werden ...

Die Kirschessigfliege freut das

Leider spricht alles dafür, dass der Schaden, den die Kirschessigfliege heuer im Baselbiet angerichtet hat und noch anrichten wird, kein einmaliges Ereignis bleiben wird. Wir werden diese neue Plage so bald nicht wieder los. Das landwirtschaftliche Versuchszentrum Ebenrain etwa nennt einzig Netze als einigermaßen wirksames Schutzmittel. Dass dies bei Hochstamm-Obstbäumen keine brauchbare Lösung ist, liegt auf der Hand. Das Baselbiet würde ja dank dieser Schutzmassnahme in weiten Teilen wie eine überdimensionierte Kopie der seinerzeitigen Baum-Verpackungsaktion der Ehegatten Christo bei der Fondation Beyeler in Riehen aussehen!

Vom Bund kommen wenig ermuti-

gende und sogar widersprüchliche Signale. Agroscope, das Kompetenzzentrum des Bundes für solche Fragen, nennt laut Medienberichten zwar verschiedene zusätzlich mögliche Massnahmen biologischer Art für den Kampf gegen die Kirschessigfliege. Sie könnten allerdings nur zur Reduktion des Befalls führen, nicht aber zur Ausrottung der Plage. Pestizide, die bisher relativ wirksam waren, blieben dagegen die Angelegenheit der Indus-

trie. Gleichzeitig läuft beim Bund die Vernehmlassung für eine Verordnung, die unter anderem die reduzierte Verwendung von Pestiziden in der Landwirtschaft oder gar deren Verbot zum Ziel hat. Von einer (dringend nötigen) Koordination der Bemühungen (mit Einschluss der Industrie) oder sogar einer Task-Force spricht niemand. Offensichtlich ist den verschiedenen Akteuren der Ernst der Lage nicht bewusst! Die Kirschessigfliege freut das.



AHV gefährden statt sichern?

Teure
AHV-Initiative **NEIN**